

Das Aus für die Umgehung

VERKEHRSPROJEKT Der Gemeinderat von Strullendorf hat mit 14:7 Stimmen den Bau von West- und Südumgehung in Geisfeld abgelehnt. Das Millionen-Euro-Projekt ist damit geplatzt, viele Bürger sind enttäuscht.

VON UNSEREM MITARBEITER WERNER BAIER

Geisfeld/Strullendorf - Dem Ortsteil Geisfeld bleibt der Durchgangsverkehr erhalten: Der seit Jahrzehnten vorbereitete und von den Anwohnern der Ortsdurchfahrten ersehnte Bau von zwei Umgehungsstraßen im Westen und Süden wurde am Montagabend vom Gemeinderat Strullendorf abgelehnt. Der Beschlusstext lautete: „Die West- und Südumgehung von Geisfeld werden grundsätzlich gebaut. Die notwendigen Maßnahmen werden im Rahmen gemeindlicher finanzieller Möglichkeiten Zug um Zug umgesetzt.“ Dem mochten sich nur sieben Gemeinderäte anschließen, 14 stimmten dagegen.

Der Abstimmung ging eine knapp einstündige sachliche Aussprache voraus, in der die CSU-Gemeinderätin Angelika Saffer (CSU) noch einen Versuch unternahm, den Geisfeldern selbst die Entscheidung zu überlassen. Per Antrag zur Geschäftsordnung führte Saffer eine Abstimmung zur Durchführung eines Bürgerentscheids herbei, bei der nur die Geisfelder über den Bau der Umgehungsstraßen befinden sollten. Dieser Vorstoß fand bei 7:14 Stimmen ebenfalls keine Mehrheit. Der Ansicht der CSU-Politikerin, dass der Gemeinderat keine objektive, zukunftsweisende Entscheidung treffen könne, wurde mehrfach widersprochen.

Eine Frage des Geldes

Andreas Kehl (Neue Liste) hielt allenfalls eine Bürgerbefragung für denkbar und Alexander Pfister (Bürgerblock) betrachtete es als „Armutszugnis für den Gemeinderat“, wenn er nicht bereit sei, ja oder nein zu sagen. Zweiter Bürgermeister Ludwig Werner (Bürgerblock) hielt es für falsch, jeden Ortsteil über seine eigenen Belange abstimmen zu lassen. Immerhin gehe es ums Geld der ganzen Gemeinde;

„Wir sind uns sicher, dass es ohne Umgehungsstraßen möglich ist, die Geisfelder Bürger zu entlasten.“

Stefan Zahner
Neue Liste

folglich hätte die gesamte Gemeinde zu entscheiden. Diese Meinung wurde von Stefan Zahner (Neue Liste) geteilt.

Zahner hatte zu Beginn der Beratung erklärt, dass die Fraktion „Neue Liste“ gegen den Bau der Umgehungsstraßen stimmen wolle. Als Gründe führte er an, dass noch nicht alle erforderlichen Grundstücke im Eigentum der öffentlichen Hand seien, besonders jene für die Westumgehung. Da nicht alle von der Trasse betroffenen Grundbesitzer zum Verkauf bereit seien und es fraglich sei, ob das überwiegende Wohl der Öffentlichkeit nachgewiesen werden könne, drohe eine Blockade aller weiteren Schritte. Das Projekt würde sich um Jahre verzögern. Zudem rechtfertigen die Verkehrszahlen nach Ansicht der Neuen Liste die Investition von rund 6,2 Millionen Euro Steuermittel des Staates und der Gemeinde nicht. Die Staatsstraßen würden durchschnittlich von 3800 Fahrzeugen pro Tag frequentiert; für die Südumgeh-

6,5

Millionen Euro Steuermittel des Staates und der Gemeinde hätten der Bau der Umgehungsstraße gekostet.

ung Geisfelds würden aber nur 1500 und für die Westumgehung 2800 Fahrzeuge prognostiziert. Bei den großen Projekten, die Strullendorf in nächster Zeit zu bewältigen haben werde, sei es fraglich, ob die Gemeinde den auf sie entfallenden Anteil von 1,5 Millionen Euro verkraften könne, meinte Zahner. Hinzu komme durch die geplante Südumgehung ein massiver Eingriff ins Landschaftsbild. Der Ausbau der Ortsdurchfahrten Geisfelds müsse gleichwohl angegangen werden. Zahner: „Wir sind uns sicher, dass es ohne Umgehungsstraßen möglich ist, die Geisfelder Bürger zu entlasten.“

Christian Beickert (SPD) stieß sich daran, dass die Gemeinde den Bau von Staatsstraßen mitfinanzieren solle. Nachdem drei Planungsvarianten verworfen worden seien, müsste nun zur Umsetzung der beiden

„Wir können es nicht allen recht machen“

Geisfeld/Strullendorf - Namens der CSU-Fraktion, die mehrheitlich für den Bau der Umgehungsstraßen eingestellt war, wies Georg Dresel bei der Sitzung darauf hin, dass „wir es nicht allen recht machen können“. Dresel machte sich für die lärmgeplagten Bewohner stark und wehrte sich gegen falsche Informationen etwa zur Höhe von Brücken- oder Dammbauwerken. Alle eingeschalteten Fachplaner und das Staatliche Bauamt rieten der Gemeinde, die günstige Finanzierung des Projekts durch den Freistaat Bayern als einmalige Chance zu sehen und zu nutzen, betonte der CSU-Sprecher. Und es sei das Ziel aller, den Landkreis Bamberg lebens- und lebenswerter zu machen.

Sein Fraktionskollege Philipp Spörlein sagte, das Ziel einer nachhaltigen Verkehrsberuhigung Geisfelds sei nur dadurch zu erreichen sei, den Verkehr

letzten Alternativen Privatgrund erworben werden. Entzignungen seien aber im Rahmen von Bebauungsplänen nicht möglich, weshalb ein langwieriges Planfeststellungsfahren erforderlich sei. Beickert hält es für fragwürdig, ob ein solches mit Erfolg betrieben werden könne, wenn der Neubau sachlich nur mit einer Verkehrsbelastung durch 2800 Fahrzeuge am Tag begründet werden könne.

Unfaire Diskussionen?

Ulrich Schwantes (SPD) betrachtet die Reduzierung des Verkehrslärms für die Anwohner zwar als wichtige Aufgabe. Deswegen aber 1,5 Millionen Euro aus der Gemeindekasse auszugeben und für die Umgehungsstraßen dermaßen viel Land zu verbrauchen, ging ihm zu weit. Schwantes bat die Geisfelder, die Entscheidung des Ge-

meinderates zu akzeptieren und warnte vor überschäumenden Emotionen.

Über unfaire Diskussionen im Ortsteil Geisfeld klagte auch Markus Dorscht (CSU). Da keine Steigerung der Verkehrsbelastung prognostiziert und der Ausgang eines Planfeststellungsverfahrens zweifelhaft sei, plädierte Dorscht für den Verzicht auf die Umgehungsstraßen. Die Planfeststellung würde alle weiteren Entscheidungen für Geisfeld über Jahre blockieren. In dieser Zeit könnten aber Maßnahmen zur Senkung der Geschwindigkeit und Umlenkung des landwirtschaftlichen Verkehrs getroffen werden. Die alten Versorgungsleitungen unter den Ortsdurchfahrten könnten ausgetauscht und die Fahrbahnen erneuert werden. Auch dafür müsse die Gemeinde Mittel bereitstellen.

auszulagern und die Durchfahrtstraßen zurückzubauen. Im Übrigen zeigte sich Spörlein „erschüttert“ von dem, was in Geisfeld an gegenseitigen Vorwürfen hochgekocht sei. Wenn durch neue Umgehungsstraßen 70 bis 90 Prozent des Durchgangsverkehrs vermieden werden kann, hält Christian Weghorn (CSU) das Projekt Geisfeld für entscheidungsreif, auch wenn andere Ortsteile ebenso Bedarf anmelden könnten.

Flammender Appell

Irene Loch (CSU) richtete einen flammenden Appell an den Gemeinderat, im Interesse der Mehrheit der Ortsbewohner mit Hilfe von 85 Prozent Staatszuschuss die für Geisfeld optimale Lösung einer Ortsumgehung zu verwirklichen. Man dürfe die Meinung der Mehrheit der Dorfbewölkerung nicht ignorieren, gab Irene Loch zu bedenken.

Bürgermeister Wolfgang Desel (CSU) begründete zum Ende der Debatte, dass er im Angesicht eines erheblichen Investitionsstaus der Gemeinde schon aus finanziellen Gründen dem Bau der Umgehungsstraßen nicht zustimmt. Strullendorf brauche viele Millionen Euro für die Sanierung der Kanalisation und Wasserversorgung, die Friedhofserneuerung, den Straßenunterhalt sowie für Maßnahmen in Folge des Baus der ICE-Strecke. Desel hofft, dass sich die Gemüter in Geisfeld bald wieder beruhigen. Er möchte es nicht mehr erleben, dass Bürger so verbittert wie in diesem Ortsteil miteinander umgehen.

Nach dem Votum des Gemeinderates verließen die meisten der zahlreich anwesenden Geisfelder offensichtlich enttäuscht den Sitzungssaal. Einer schnaubte: „Die von der CSU dürfen auch weiter zu unserer Kärwa kommen!“

Einbrecher kamen nicht zum Zug

Kemmern - Zwischen Sonntagnachmittag und Montagmorgen versuchten unbekannte Täter ergebnislos eine Metalltür am Sportheim aufzuhebeln. Im gleichen Zeitraum wurde auch der Leicht-Keller angegangen. Hier versuchten die Einbrecher, die massive Holztür aufzuhebeln, was jedoch ebenfalls misslang. Am Wagner-Keller gelang es ihnen, in das Gebäude einzudringen. Entwendet wurde jedoch nichts. Vermutlich benutzten die Täter zum Einbrechen ein blaues Werkzeug. Hinweise nimmt die Polizei unter Telefon 0951/9129-310 entgegen.

Zeugen notierten das Kennzeichen

Hallstadt - Beim Rückwärtsausparken stieß am Montag gegen 19 Uhr auf einem Parkplatz in der Biegenhofstraße ein zunächst unbekannter Fahrzeugführer gegen die Stoßstange und Heckklappe eines dort geparkten schwarzen Seat. Zwei Zeugen hatten den Vorfall beobachtet und sich das Kennzeichen notiert. pol

SITZUNG

Räte erörtern Gebühren

Walsdorf - Im Schulungsraum des Feuerwehrhauses von Walsdorf findet am morgigen Donnerstag, 11. Dezember, um 19 Uhr eine Gemeinderatssitzung statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Erhöhung der Einleitungsgebühr mit Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung. Weiter beschäftigt die Räte die Beleuchtung der Fußwegverbindung „Am Siedner“/„Am Baumgarten“. Außerdem diskutiert das Gremium über die Errichtung eines Bolzplatzes neben dem Kindergarten „Arche Noah“. red